



Pressespiegel

Veröffentlichung in den Medien zur

6. Bergbaukonferenz am 07.05.2008 Alter Gasometer, Zwickau



Amtsblatt

des Landkreises Zwickauer Land



vom 25. Juni 2008



Die Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau informiert

6. Bergbaukonferenz in Zwickau

»Der Freistaat Sachsen ist sich seiner Verantwortung gegenüber den Steinkohle-
relevieren bewusst und wird sich an den Kosten beteiligen«,
bekräftigt Michael Köppl vom Sächsischen Ministerium des
Inneren die Unterstützungsabsichten auf der 6. Bergbaukonferenz.
Am 7. Mai 2008 trafen sich in Zwickau über 100 Fachleute,
Politiker und Regionalvertreter, um über die weitere, interkommunale
Zusammenarbeit der vom ehemaligen Steinkohlebergbau betroffenen
Kommunen in der Region Zwickau – Lugau – Oelsnitz/Erzgebirge zu
beraten. Auf der Agenda der Tagung, die gemeinsam von der Stadt
Zwickau und der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau veranstaltet
wurde, standen die bisherigen Projektergebnisse sowie Resultate
wissenschaftlicher Analysen. Zugleich bekannten sich die betroffenen
Kommunen zu einer gemeinsamen Erklärung, in der die weitere
Zusammenarbeit bekräftigt wird sowie Forderungen erneuert werden.

Bergbaukonferenz formuliert klare Ziele

In der gemeinsamen Erklärung bekennen sich die Vertreter aus der
Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau zur gemeinsamen
Entwicklungsstrategie. Gleichzeitig mahnen die Unterzeichner
die weitere Unterstützung des Freistaates an. Diese müsste insbesondere
in der weiteren Sicherstellung benötigter Forschungsleistungen
sowie in einer finanziellen Förderung bestehen. Dazu sagte Michael
Köppl, Leiter der Abteilung 4 "Landesentwicklung, Vermessungswesen"
im Sächsischen Staatsministerium des Inneren zu, dass der Freistaat
bei der konzeptionellen Bearbeitung und bei der Entwicklung von
technischen Modellen unterstützen möchte. Außerdem sieht er
Chancen, Fördermittel aus dem Fond für städtebauliche Entwicklung
speziell für innerstädtische Probleme zur Verfügung zu stellen.
Michael Köppl: »Wenn wir konkrete Maßnahmen abgeleitet haben,
gilt es nach Geldquellen zu suchen, denn für die Steinkohleproblematik
in Sachsen wurde kein Geld im Einigungsvertrag eingeplant.«

Selbst 30 Jahre nach Beendigung sind die Folgen des Bergbaus in
ihrer Komplexität nicht erschöpfend erfasst bzw. bearbeitet und
werden deshalb die Kommunen der Region noch in den nächsten
Jahrzehnten beschäftigen. In den vergangenen Jahren wurde mit
Unterstützung des Freistaates Sachsen und unter der Federführung der
Wirtschaftsregion begonnen, die Schäden und Hinterlassenschaften in
einer kooperativen Netzwerkarbeit aufzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit
soll kontinuierlich in den aufgebauten Strukturen von FLOEZ (Lenkungs-
gruppe, thematische Arbeitsgruppen, Projektarbeitsgruppen u. a.)
intensiviert werden. Dazu haben sich alle beteiligten Kommunen
bekannt. Einigkeit herrscht darüber, dass die vielschichtigen
Probleme nur gemeinsam gelöst werden können. Die im Jahr 2006
vorgelegte Entwicklungsstrategie wird in allen Teissegmenten
fortgeschrieben, die Zielstellungen für Sanierung und Regionalentwicklung
werden aktualisiert. Die Entwicklungsstrategie wird durch eine
Umsetzungs- und Finanzierungsplanung unteretzt. Als Hilfe zur
Selbsthilfe wird die Region die regionale Kooperation in den
prioritären Entwicklungsprojekten intensivieren. Vorhandene
Projektansätze werden gemeinsam realisiert und entsprechend des
Erkenntnisstandes fortgeschrieben. Dazu äußerte sich Hans-Ludwig
Richter, Bürgermeister der Stadt Oelsnitz/Erzgebirge, in seiner
Schlussbetrachtung: »Es ist Zeit – wir müssen jetzt handeln.«
Die Handlungsschwerpunkte sind im Arbeitsprogramm 2007/2008
zum Umsetzungsmanagement FLOEZ dargestellt. Die Region wird
weiterhin aktiv an EU-Projekten und Netzwerken mitwirken, um vom
europäischen Wissensfortschritt und internationalen Kooperationen zu
profitieren. Sie unterstützt deshalb den Projektantrag ReSOURCE der
Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau und deren Umsetzung im Falle der
Projektbestätigung ebenso wie das Netzwerk MINEC (Netzwerk der
Bergbaustädte und -regionen in Mittel- und Osteuropa).

Forderungen

- Die Region braucht eine verlässliche Finanzierungsgrundlage – ein „Sonderförderinstrument“ in überschaubarer Größe.
- Vom Freistaat Sachsen wird eine Aussage zur Sanierung der Abwassersysteme innerhalb der „50-cm-Senkungslinie“ und die Finanzierungsmöglichkeiten erwartet.
- Eine ressortübergreifende Problemdiskussion der Region und zuständiger sächsischer Ministerien mit einer Bilanzierung der erreichten Ergebnisse sollte im Abstand von maximal drei Jahren erfolgen.

- Die Region fordert die Übernahme der steinkohlebergbaubedingten „Ewiglebenskosten“ durch den Freistaat.
- Die Region benötigt weiterhin Unterstützung vom Freistaat durch Forschungsleistungen im Rahmen der Tätigkeiten des Landesamtes für Umwelt und Geologie sowie der Universitäten und Hochschulen zur Gewinnung von Erkenntnissen im Bereich der Schadensabwehr, Sanierungsbedarf und -technologien, Regionalentwicklung u. a..
- Die Region erhält fortgesetzt vollumfängliche politische und finanzielle Unterstützung des Freistaates bei ihrem Engagement im Rahmen europäischer Projekte und Netzwerke.

online vom 10. Mai 2008

OB Vettermann warnt: ‚Zwickau säuft ab!‘

Von Daniela Klose

ZWICKAU - Wasseralarm an der Mulde: Wenn Zwickaus Abwasserleitungen nicht ein bisschen löchrig wären, stünde die Stadt nach venezianischer Art wohl unter Wasser. OB Dietmar Vettermann (50, parteilos) fordert nun von der Staatsregierung Unterstützung. Er warnt: „Ohne ein Sonderprogramm säuft Zwickau ab.“

Das Problem: In den seit 1978 stillgelegten Steinkohle-Bergbaugruben steigt das Grundwasser kontinuierlich an - und droht Zwickau zu überschwemmen. OB Vettermann, gleichzeitig Aufsichtsrats-Chef der Wasserwerke: „Dass wir nicht mit nassen Füßen hier stehen, liegt daran, dass die undichten, teils 100 Jahre alten Abwasserleitungen das Grubenwasser auffangen.“

Heißt: Wo die Rohre angeschlagen sind, kann aufsteigendes Grundwasser einfließen. Zusätzlich pumpen zwei Pumpwerke permanent Grundwasser ab. Kosten pro Jahr: 300000 Euro. Doch bei Starkregen gibt es schon mal Probleme. Und schließlich muss die kaputte Kanalisation auch repariert werden. 471 Kilometer Kanalnetz hat die Stadt. 18 Prozent davon sind schon saniert. Weitere Kosten, allein dieses Jahr: 395000 Euro.

Jetzt forderte der OB auf der Bergbaukonferenz der Region mehr Unterstützung vom Freistaat. Denn anders als beim Braunkohletagebau seien die Folgen des Steinkohleabbaus nicht im Einigungsvertrag geregelt. „Es gibt keine Rechtsnachfolge, keinen Adressaten, der zahlen muss“, bedauert Vettermann.

Seit dem Ende des 400-jährigen Steinkohlebergbaus in Zwickau Ende der 70er Jahre ist die Innenstadt um fünf, die Bockwaer Senke gar um zehn Meter abgesackt. „Würde nicht gepumpt, wäre sie ein großer See“, sagt Vettermann. In der Schedewitzer Senke, wo das Problem ebenfalls akut ist, tüftelt man an einer Art Trennwand - aber auch die kostet Geld. Vettermann hofft daher auf Förderung: „Da brauchen wir einen langen Atem.“



Die in den Steinkohlegruben unter Zwickau angestauten Wassermassen drohen die Stadt zu überschwemmen. Foto: Rosenkranz



KabelJournal online vom 9. Mai 2008

KJ-Online

09.05.2008 15:00

(Wirtschaft / Politik)

» Bergbaukonferenz fordert weitere Unterstützung «

(MT) ZWICKAU: Am 7. Mai fand in Zwickau die 6. Bergbaukonferenz statt. Inhalt war die Fortsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit der vom ehemaligen Steinkohlebergbau betroffenen Kommunen in der Region Zwickau – Lugau – Oelsnitz/Erzgebirge.

In der gemeinsamen Erklärung bekräftigten die Vertreter aus der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau ihre Kooperation und bekannten sich zur Fortschreibung der gemeinsamen Entwicklungsstrategie sowie zum kooperativen Projektmanagement. Gleichzeitig mahnten die Unterzeichner die weitere Unterstützung des Freistaates an. Diese müsste insbesondere in der weiteren Sicherstellung benötigter Forschungsleistungen sowie in einer finanziellen Förderung bestehen, da die bergbaubedingten Folgen nicht allein von den Kommunen bewältigt werden können.



online vom 8. Mai 2008

08. Mai 2008

05:42 Uhr

Zwickau

Wirtschaftsregion: Land soll bei Bergbaufolgekosten Geld zuschießen

Unsere Stadt hat noch immer mit den Folgen des Steinkohlebergbaus zu kämpfen. Auf einer Konferenz am Vortag im Gasometer forderten Vertreter der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau deshalb weitere finanzielle Unterstützung vom Land. Experten stellten unter anderem Lösungsansätze vor, wie das Problem des Grundwassers in Schedewitz behoben werden könnte. Mit Hilfe des Freistaats wäre es bereits in fünf Jahren aus der Welt, sagte Oberbürgermeister Vettermann.

Oberbürgermeister Vettermann hören: .

vom 8. Mai 2008

Appell der Bergbaustädte an Dresden

OB Vettermann fordert eigenes Förderprogramm – In Zwickau werden täglich 1000 Kubikmeter Wasser abgepumpt

VON JENS EUMANN

Zwickau. Ein Förderprogramm des Freistaats eigens zur Nachsorge für die Hinterlassenschaften und Schäden des Steinkohlebergbaus – das war die Maximalforderung, die Zwickaus scheidender Oberbürgermeister Dietmar Vettermann (Parteilos) gestern in der inzwischen sechsten Bergbaukonferenz der Region aufmachte. An dem Fachforum im Gassometer nahmen neben zahlreichen Montan-Experten auch politische Vertreter der Kommunen im ehemaligen Kohlerevier Zwickau – Lugau – Oelsnitz/Erzgebirge teil.

Schließlich kam es zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung, mit der Forderung an den Freistaat gestellt wird, bei der Bekämpfung von Bergsenkungen und Grundwasseranstieg wie auch der Absicherung oder Rekultivierung brachliegender Halden zu helfen. Beim Braunkohletagebau seien derartige Probleme bereits im Einigungsvertrag geregelt, die Hinterlassenschaften des Steinkohleabbaus seien dabei dagegen einst ausgeklammert worden, so Vettermann.

Das sächsische Innenministerium war zur Konferenz durch Michael Köppl vertreten, der sich in ei-

ner Pause zumindest zu dem Bekenntnis durchrang, dass allen Beteiligten, also auch im Ministerium klar sei, dass die von Bergbaufolgeschäden betroffenen Kommunen derartige Probleme nicht ohne finanzielle Hilfe lösen können.

Zwar gibt bereits Beispiele für eine Kooperation bei der Kostenübernahme: Das ständige Abpumpen, um den Grundwasserspiegel im Bereich der Bockwaer Senke auf gleichem Niveau zu halten, finanziert schließlich das Oberbergamt. Dafür, dass täglich an die 1000 Kubikmeter Wasser abgepumpt werden, müssten im Jahr zwischen 300.000 und

350.000 Euro gezahlt werden. Viel Geld, doch eine Alternative gibt es derzeit kaum. Es sei denn, man ließe die Bockwaer Senke volllaufen. „Die Kirche, die B 93, alles wäre dort dann nur noch ein großer See“, so Vettermann. Schutzmaßnahmen strebt man in Zwickau auch im Bereich der Schedewitzer Senke an. Vettermann spricht von einer tief gegründeten Spundwand, die künftig verhindern könnte, dass Muldengrundwasser weiter ungehindert unter den Stadtteil ströme. Zur Konferenz seien mehrere solcher Schutzvarianten vorgestellt worden, so Vettermann.

Freie Presse

ZWICKAUER ZEITUNG

vom 8. Mai 2008

LOKALES

Mehr Fördergeld für Bergbauerbe gefordert

Zwickau. Ein Förderprogramm des Freistaats eigens zur Nachsorge für die Hinterlassenschaften und Schäden des Steinkohlebergbaus – das war die Maximalforderung, die Zwickaus scheidender Oberbürgermeister Dietmar Vettermann (parteilos) gestern in der inzwischen sechsten Bergbaukonferenz der Region aufmachte. —Seite 13

Steinkohlestädte fordern mehr Geld für Schadensbeseitigung

Die Bürgermeister ehemaliger Steinkohlebergbauorte in Südwestsachsen fordern mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Bergbaufolgen. Der Freistaat müsse Geld für die Forschung und für notwendige Maßnahmen bereitstellen, heißt es in einer am Mittwoch auf der 6. Bergbaukonferenz in Zwickau verabschiedeten Erklärung.

Zwickau (ddp-lsc). Die Bürgermeister ehemaliger Steinkohlebergbauorte in Südwestsachsen fordern mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Bergbaufolgen. Der Freistaat müsse Geld für die Forschung und für notwendige Maßnahmen bereitstellen, heißt es in einer am Mittwoch auf der 6. Bergbaukonferenz in Zwickau verabschiedeten Erklärung. Die bergbaubedingten Folgen könnten nicht von den Kommunen allein bewältigt werden.

Rund 30 Jahre nach Einstellung des Bergbaus seien dessen Folgen in ihrer Komplexität noch nicht umfassend erfasst und bearbeitet, kritisieren die Vertreter von Kommunen und regionalen Netzwerken. Zu den gravierendsten Schäden aus der rund 120-jährigen Bergbautätigkeit gehörten der Grubenwasseranstieg sowie Senkungen und Hebungen. Außerdem würden immer häufiger Schäden am Abwassernetz auftreten.

(ddp)

Konferenz zum Steinkohlebergbau in Zwickau



Am 7. Mai 2008 treffen sich Fachleute, Politiker und Regionalvertreter zur 6. Bergbaukonferenz im »Alten Gasometer Zwickau«. Diese Konferenz ist ein weiterer Meilenstein in der Stadt- und Regionalentwicklung in den ehemaligen Steinkohlebergbaugebieten vom Erzgebirge bis Zwickau. Auf der Agenda stehen die Diskussion der bisher erzielten Ergebnisse und die sinnvolle Umsetzung der Aufgaben.

Bereits im Jahre 2005 zur 5. Bergbaukonferenz in Zwickau vereinbarten die vom Steinkohlebergbau betroffenen Kommunen in der Region Zwickau-Lugau-Oelsnitz/E. in einer gemeinsamen Erklärung, die interkommunale Zusammenarbeit im Interesse einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung und zur Bewältigung der Bergbaufolgen zu intensivieren.

Finanzielle Unterstützung gab es vom SMI. Die beteiligten Kommunen folgten den Festlegungen des sächsischen Landesentwicklungsplanes von 2003 und der unter der Federführung der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau im Jahr 2006 erstellten ganzheitlich integrierten Entwicklungsstrategie für den Teilraum Zwickau-Lugau-Oelsnitz/Erzgebirge – bekannt als »FLOEZ«-Projekt.

Grundlage dafür bildeten das REK der Wirtschaftsregion, die Ergebnisse der EU in den Projekten REVI und READY sowie die gemeinsamen Festlegungen der Kommunen der Region mit dem SMWA und dem SMI im Jahre 2003 zu notwendigen Maßnahmen für die Bewältigung der Bergbaufolgen.

Dr. Albrecht Buttolo, sächsischer Staatsminister des Inneren, wird die Konferenz mit ei-

ner Betrachtung zu den spezifischen Herausforderungen und Perspektiven der Steinkohleregion Zwickau-Lugau-Oelsnitz/E eröffnen. Daran knüpft Dr. Michael Göbel, Geschäftsführer der Regionomica GmbH Berlin, an, wenn er auf die Entwicklungsstrategien von 2006 zurückblickt und neue für »FLOEZplus« entwirft. Fachleute vom Landesamt für Umwelt und Geologie und von der TU Bergakademie Freiberg betrachten die Problemfelder des Grubenwasseranstieges, die bergbaubedingten Senkungen und Hebungen auf den Halden. Weitere wichtige Themen sind die Wasserhaltung, Wärmenutzung der Grubenwässer und eine Nachnutzung der Haldenwaldflächen. Dr. Peter Wirth vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden zeigt Chancen und Probleme in der europäischen Zusammenarbeit von Bergbauregionen auf. Bernd Riedel, der die Konferenz mit vorbereitet, schätzt die Teilnehmerzahl auf etwa 100 bis 120: »Wir haben Interessierte und Verantwortliche aus Kommunalverwaltungen, Ministerien und Forschungseinrichtungen eingeladen, weil wir uns davon eine breite Diskussionsplattform erhoffen. Für die nachhaltige Entwicklung der Steinkohlebergbauregion benötigen wir regionale und internationale Kooperationsnetzwerke, um die Projekte umzusetzen.« ■



GRUBENBAHNLEISE: Einstige Transportwege der Steinkohle könnten Rad- oder Wanderwege werden.

Steinkohlehalden alternativ nutzen



WALD- UND ACKERFLÄCHEN: Die Halde am ehemaligen Schacht I des Märtn-Hoop-Werkes in Reinsdorf wird auf eine Eignung als Nutzfläche geprüft.

Im ehemaligen Steinkohlebergbaurevier erinnern immer noch Haldenflächen an den Abbau in der Region. Teilweise schon vor mehr als 80 Jahren stillgelegt, sind einige Halden heute wieder mit Pionierwäldern bewachsen, werden aber wirtschaftlich kaum genutzt. Im Projekt FLOEZ – Future for Lugau-Oelsnitz-Zwickau – wurden von den betroffenen Kommunen unter Federführung der Wirtschaftsregion Entwicklungsstrategien für diese Problemflächen festgelegt, die 2008 weiter umgesetzt werden. Auch im Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen wurde die Region als »Raum mit besonderem landesplanerischem Entwicklungsbedarf« ausgewiesen.

Für Mai 2008 ist die 6. Bergbaukonferenz in der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau geplant. Die Vorbereitungen dazu laufen in den FLOEZ-Arbeitsgruppen auf Hochtouren, denn den internationalen Gästen sollen Ergebnisse aus dem Projekt vorgestellt werden. Unter anderem werden die Arbeitsgruppen »Flächenentwicklung« und »Forstwirtschaftliche Nutzung der Halden« konkrete Bewirtschaftungsvorschläge in einer Machbarkeitsstudie präsentieren. Für die fachliche Beratung wurde Andreas Neef vom IBN-Ingenieurbüro Neef beauftragt.

»Wir konkretisieren die vorliegende Grobflächenbilanz der Halden, versuchen die Eigentumsverhältnisse zu klären, beurteilen die forstliche Nutzbarkeit und integrieren Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes«, erläutert Andreas Neef die Vorgehensweise. Daraus wird eine Übersicht der kommunalen, privaten und Treuhand-Flächeneigentümer erstellt, die

FLOEZ in ReSource integriert

Neben dem Umsetzungsmanagement besteht die Möglichkeit, in der kommenden Zeit die FLOEZ-Region eng in das EU-Projekt ReSource einzubinden. Dieses Projekt soll an die Erfahrungen anknüpfen, die in READY unter Federführung der Stadt Oelsnitz/Erzgebirge gesammelt wurden. Ziel ist es, gemeinsam mit weiteren Partnern ein strategisches Ressourcenmanagement für ehemalige Bergbauregionen Zentraleuropas zu etablieren. Gegenwärtig bereitet die Wirtschaftsregion als zukünftiger Leadpartner die Antragstellung für ReSource im Rahmen von INTEREG IVB vor. ■

6. BERGBAU KONFERENZ MAI 2008

gesamte Flächengröße erfasst, der Anteil der bewaldeten Halden und der regulären kommunalen Waldflächen sowie des Grünlandes errechnet. Die Ergebnisse werden dann in einem Nutzungskatalog, in Übersichtskarten und Listen dargestellt.

Neef: »Mit diesem aktuellen Datenmaterial können wir das reale Grünflächenpotenzial zur Erzielung von Holz- und Biomasse als alternative Energieresourcen aufzeigen.« Ehemalige Steinkohlehalden könnten damit wieder Energielieferanten werden. Außerdem könnte der Grünabfall der Städte aus Park- und Grünanlagen ebenfalls sinnvoll als energetisch verwertbare Biomasse genutzt werden.

Bisher erfolgte keine reguläre Nutzung oder Pflege der Wälder auf den Steinkohlehalden. Auf einigen Haldenflächen erreichen die Pionierwälder mit Birken bald die Altershöchstgrenze von ca. 90 Jahren. Durch Auslichtung der Birkenbestände würde die bereits vorhandene Naturverjüngung von z. B. Rotbuche, Stieleiche und Ahornarten im Wuchs gefördert. Damit können langfristig ökologisch stabile Mischbestände auf den Halden entstehen. Auf einigen Halden sind die Bodenbedingungen ungünstig. Hier muss extra gepflanzt werden. »Wir begehen die Halden und klassifizieren die Standorte nach einer Zonierung, die in voran gegangenen, detaillierten Untersuchungen zweier Halden im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlerevier erstmals dafür entwickelt wurde. Dabei werden die Parameter Vegetation, Bodennährkraft und Wasserhaushalt, Schmelvorgänge, vorhandene Naturverjüngung, Wildverbiss, Geländemorphologie und Hangneigung stichprobenartig erfasst und ausgewertet«, erklärt Andreas Neef. »Bei steilen Hanglagen ist Forstwirtschaft wenig sinnvoll. Denkbar wären hier Solaranlagen oder touristische sowie landschaftsgestalterische Projekte.« ■
www.floez-sachsen.de